

Berlin verbietet Moschee-Verein

Durchsuchungen an 24 Orten

VON THERESA MÜNCH

Berlin/München. Neun Wochen nach dem Berliner Terroranschlag ist der umstrittene Moschee-Verein „Fussilet 33“ verboten worden, in dem auch Attentäter Anis Amri häufig verkehrte. Die Verfügung, die ein Gericht bereits am 15. Februar absegnete, sei am Dienstag zugestellt worden, sagte Innenminister Andreas Geisel (SPD). Parallel dazu gab es Durchsuchungen in Berlin, Brandenburg und Hamburg. Geisel sprach von einem klaren Zeichen, „dass Menschen, die Gewalt ausüben oder predigen, keinen Platz in unserer Stadt haben“. Der Verein „Fussilet 33“ habe die Terrormiliz Daesch unterstützt, konkret Spenden für terroristische Gruppierungen gesammelt und Kämpfer für den bewaffneten Dschihad in Syrien und dem Irak rekrutiert.

460 Polizisten durchsuchten am Morgen 24 Objekte in der Hauptstadt – darunter Wohnungen, zwei Firmensitze, aber auch sechs Hafträume in den Berliner Gefängnissen Moabit und Tegel, wie die Polizei auf Twitter mitteilte. Es gehe um die Mitglieder des umstrittenen Moschee-Vereins, um das Vereinsvermögen, Computer und Akten, sagte ein Sprecher der Innenverwaltung. Auch in Hamburg und im brandenburgischen Rüdersdorf gab es Aktionen. Bei einer Hamburger Bank seien Informationen über Kontobewegungen beantragt worden.

Der Verein „Fussilet 33“ und seine Gebetsräume galten als Treffpunkt gewaltbereiter Islamisten. Seit 2015 wird ein Verbot bereits diskutiert. Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt vom 19. Dezember trieb die Innenverwaltung die Pläne voran. Die Räume im Stadtteil Moabit hatte der Verein vor einer Woche selbst geschlossen.

In Bayern sollen islamistische Gefährder künftig offenbar unbegrenzt in Präventivhaft genommen werden können. Wie die „Süddeutschen Zeitung“ berichtete, werde ein neues Anti-Terror-Paket der bayerischen Regierung die zeitliche Begrenzung für den sogenannten Unterbindungsgewahrsam erstmals völlig aufheben. Der Gesetzentwurf lasse Richtern die Freiheit, auf Antrag der Polizei eine beliebig lange Haft anzuordnen, soweit dies „unerlässlich ist“, um eine schwere Gefahr für die Allgemeinheit zu bannen. Derzeit haben alle Bundesländer in ihren Polizeigesetzen die Möglichkeit verankert, Vorbeugehaft zu verhängen – allerdings nur für wenige Tage. Bayern wäre das erste Bundesland, das sich davon verabschiedet.

Daesch

Der **WESER-KURIER** verwendet den Begriff „Islamischer Staat“ nicht, weil diese Terrorgruppe weder religiös motiviert noch ein Staat ist. Wir sprechen wie ihre Gegner von Daesch.

Kliniken fehlt Routine

AOK fordert schärfere Mindestmengenregelung zur Verbesserung der OP-Qualität

VON TIMOT SZENT-IVANYI

Berlin. „Übung macht den Meister“ heißt ein altes Sprichwort. Auch in der Medizin ist der Zusammenhang zwischen der Zahl der Behandlungen und der Qualität eindeutig: Je mehr Eingriffe in einer Klinik vorgenommen werden, desto besser sind die Ergebnisse für die Patienten. Deshalb existieren in vielen Gesundheitssystemen Vorschriften, um diesem Zusammenhang Rechnung zu tragen. Auch in Deutschland gibt es entsprechende Regelungen. Sie sind nach Ansicht der AOK jedoch lückenhaft und werden in der Praxis kaum umgesetzt. Die Kasse fordert daher schärfere Bedingungen für die Kliniken, um die medizinische Versorgung der Patienten zu verbessern.

Konkret geht es um die sogenannte Mindestmengenregelung. Sie funktioniert zumindest auf dem Papier so, dass eine Klinik bei Operationen eine bestimmte Fallzahl erreichen muss, um diesen Eingriff überhaupt zulasten der Krankenkasse abrechnen zu können. Der am Dienstag vorgelegte aktuelle Krankenhausreport der AOK belegt mit einigen Beispielen den Zusammenhang zwischen Operationszahl und Risiko für die Patienten: Zwischen 2011 und 2013 wurden 57 000 AOK-Versicherte an der Schilddrüse wegen einer gutartigen Erkrankung operiert. Dabei zeigte sich, dass es viele Krankenhäuser gibt, die diese OP vergleichsweise selten durchführten. Während ein Fünftel der operierten Patienten in Häusern versorgt wurde, die 2013 maximal 55 Schilddrüsen-OPs vornahm, wurde ein weiteres Fünftel in Häusern mit fast 400 Operationen behandelt. Eine der möglichen Komplikationen dieser Operation ist eine anhaltende Lähmung der Stimmbänder. Hier zeigen die Zahlen Folgendes: Das Fünftel der Patienten in Häusern mit den geringsten Fallzahlen hat ein mehr als doppelt so hohes Risiko für eine dauerhafte Stimmbandlähmung als das Fünftel der Patienten, das in den Kliniken mit den höchsten Fallzahlen operiert wird. Derartige Zusammenhänge zeigt der Report auch für Hüftoperationen bei Arthrose.

Kaum klare Vorgaben

Die Daten belegten, wie sinnvoll eine Mindestmengenregelung sei, sagte der Chef des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch. Doch in der Praxis klappt gravierende Lücken, kritisierte er. So gebe es bisher in Deutschland nur in sieben Leistungsbereichen klare Vorgaben für Mindestmengen. Und selbst wenn Vorgaben existierten, würden sie durch eine Vielzahl von Ausnahmen ausgehebelt. Zuständig sind die Länder beziehungsweise die Bezirksregierungen, die eigentlich bei Unterschreiten der Mindestmenge die Versorgungsverträge kündigen müssten. Litsch sagte, das werde häufig aus



Je mehr Operationen ein Arzt durchführt, desto höher ist die Qualität der OP. Das ist das Ergebnis einer AOK-Studie. FOTO: ULLSTEIN BILD

falscher Rücksichtnahme auf die Kliniken unterlassen. Er forderte, die möglichen Ausnahmen zu beschneiden. Litsch setzte sich auch dafür ein, für weitere Eingriffe Mindestmengen vorzuschreiben, etwa für Geburten, Hüftoperationen, Schilddrüsen-OPs und die Behandlung von Brustkrebs. Er räumte ein, dass die Vorgaben im Zweifel zu längeren Wegen für die Patienten führ-

ten. Die Versicherten forderte er auf, sich bei planbaren Eingriffen auch selbst zu informieren, statt einfach in die nächstbeste Klinik zu gehen. Die Zahl der Eingriffe muss in den Qualitätsberichten der Krankenhäuser veröffentlicht werden. Auch die „Weisse Liste“ der Bertelsmann-Stiftung (www.weisse-liste.de) oder der AOK-Krankenhaushausnavigator helfen bei der Auswahl.

Deutsche sollen Autos stehen lassen

Grüne: Bis Ostern auf Pkw verzichten

VON BERNHARD HONNIGFORT
UND TORSTEN HOLTZ

Berlin. Am Aschermittwoch ist bekanntlich alles vorbei: Geht es nach Grünen und Umweltbundesamt, dann bleibt auch das Auto in der Garage. Bundesbürger sollten die Fastenzeit nutzen und, wo es möglich ist, auf ihr Auto verzichten. Ein Grund sei die hohe Luftverschmutzung in einigen Städten. Die Landesregierung in Baden-Württemberg sieht sich gezwungen, in Stuttgart ab 2018 an Tagen mit hoher Schadstoffbelastung zentrale Straßen im Talkessel für viele Diesel-Fahrzeuge zu sperren. Auch andernorts werde man an Fahrverboten nicht vorbeikommen, meint der Deutsche Städtetag.

Dem Schritt von der Idee zur Tat leichter fällt, sollten die Bahn und regionale Verkehrsträger allen Autofastern während der 40 Tage bis Ostern Sonderrabatte gewähren, um neue Kunden anzulocken, schlagen Katrin Dzienka vom Umweltbundesamt und Stephan Kühn, Grünen-Verkehrsexperte im Bundestag, vor. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) unterstützt die Aktion ebenfalls. Die Idee des Autofastens ist nicht neu und auch kein grünes Patent. Es waren die Kirchen vor 20 Jahren. „In der Fastenzeit sind wir Christen aufgefordert, unsere Lebensgewohnheiten zu überdenken und zu überprüfen“, forderte damals der Umweltbeauftragte des Bistums Mainz, Franz Hock.

ADAC signalisiert Zustimmung

Bislang hat sich noch kein Widerstand gegen den Vorschlag geregt. Auch nicht von der Autofahrerlobby. Der ADAC hat keine grundsätzlichen Einwände und geht sogar noch über die 40 Tage hinaus: Der freiwillige Autoverzicht müsse auch nicht auf die Fastenzeit beschränkt bleiben, sagte ADAC-Sprecher Andreas Hölzel. Kurze Strecken ließen sich auch gut zu Fuß oder mit dem Rad zurücklegen. Für längere Distanzen brauche es aber konkurrenzfähige Alternativen.

In der Stadt mag das Autofasten einfach sein, auf dem Lande könnte es zur Selbstkasteiung werden. Ulrich Lange, CDU-Verkehrsexperte, bittet um einen realistischen Blick aufs Ganze: „Ich komme aus einem Flächenwahlkreis. In der Praxis stößt der Verzicht auf das Auto und der Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr für unsere Bürger und auch für mich dort auch an seine Grenzen.“ „Weniger Autos würden unsere Städte lebenswerter machen. Hier würde es helfen, sich Autos zu teilen“, schlägt Katrin Dzienka vom Umweltbundesamt vor. Vielleicht geht es ja in die richtige Richtung: Jüngere Menschen legen offensichtlich weniger Wert auf ein eigenes Auto, ohne weniger mobil zu sein. Dzienka: „Bleibt zu hoffen, dass diese Entwicklung anhält.“

LESERMEINUNG

Zum Artikel „Handelskammer will Wachstum in Bremen“ vom 22. Februar:

Leerstände untersuchen

Bremen hat so schöne Grünflächen, die bebaubar sind. Aber diese sollten belassen werden, weil wir eine grüne Lunge brauchen. Nicht umsonst wohnen die Menschen hier. Das haben sich die Mieter und Eigentümer so ausgesucht. Sie wollen im grünen Bremen wohnen, mit Fahrradwegen, mit der Weser und mit dem Bürgerpark, mit großen Gärten, mit viel Natur, mit kurzen Wegen ins Umland.

Warum sind dann aber so viele Menschen von Bremen weggezogen? Im Umland ist es eben noch grüner und Bauland noch preiswerter. Die Handelskammer will am liebsten die Osterholzer Feldmark bebauen. Das wollen wir in Bremen nicht! Wenn wir mit dem Rad an den Wiesen vorbeifahren, dann fühlt man sich frei und glücklich beim Anblick der Natur und grasenden Pferden.

Vor einiger Zeit wurden die vielen Leerstände von Häusern in Bremen veröffentlicht. Hier sollte der erste Ansatz sein, um Wohnraum zu bekommen. Die Behörde sollte sich in einer Arbeitsgruppe mit diesen Leerstandshäusern beschäftigen. Ich bin mir sicher, hier wird sehr viel Wohnraum geschaffen werden können, ohne gleich Grünflächen zu bebauen.

Vielleicht kommt jetzt das Argument, die seien alle in privater Hand. Trotzdem: Viele Eigentümer wären sicher bereit, ihre Leerstände zu beenden. Man sollte zumindest versuchen, mit den Eigentümern zu reden. Warum nicht stärker diesen Weg versuchen?

Der zweite Ansatz offenbart sich, wenn man in den Stadtteilen spaziert. In vielen Stadtteilen verrotten Gebäude schon jahrelang. Diese könnten schon längst abgerissen und die Flächen neu bebaut werden, zum Beispiel die alte Grundschule am Sattelhof oder die Hauswirtschaftsschule an der Sebaldsbrücker Heerstraße.

ANGELIKA BRAND, BREMEN

Bremen hat viel Raum

Der Appell an den Senat für mehr Wachstum kann nur begrüßt werden. Es gibt in Bremen so unendlich viel Brachland, ist also immens viel Raum für eine großzügige Pla-

nung genügender Gewerbegebiete sowie für Wohnbebauung vorhanden. Wenn man allein die Strecke zwischen Timmersloh und der Lesum-Mündung ansieht, ist genügend Raum sogar für eine weitere Stadt vorhanden. Wozu brauchen wir so viel Ödland wie zum Beispiel das Blockland sowie auch das Werderland?

Parallel zum Wümmedeich und anschließend zum Werderland müsste nur eine breite, leistungsfähige Straßenverbindung geschaffen werden mit Anbindung zu den einzelnen Häuserzeilen an den Deichen. Die weitere Entwicklung würde sich selbst ergeben – wie Ausbau der bereits vorhandenen Deichzufahrten von der Stadt. Selbst der Wassersport würde sich ungeahnt entwickeln können.

Durch weiter zunehmende Aufnahme von Flüchtlingen aus anderen Kulturkreisen würde sich dann sogar anbieten, diesen Menschen eine eigene, ihnen gemäße Unterbringungsmöglichkeit zu erstellen. Das wäre ein interessantes Zusammenleben verschiedener Kulturen mit all ihren Facetten.

FRIEDRICH LÜBBERS, BREMEN



Wozu brauchen wir so viel Ödland, wie zum Beispiel das Werderland?, fragt Leser Friedrich Lübbers. Hier wäre Raum für Gewerbeansiedlung und Wohnbebauung, meint er. FOTO: CHRISTIAN KOSAK

Zum Leserbrief „Genug monotone Häuser“ vom 23. Februar:

Individuell bleiben

Dem möchte ich mich anschließen. Bremen entfernt sich immer mehr von dem Anblick einer Hansestadt. Die Glasklötze wie in vielen Großstädten unterscheidet uns bald nicht mehr. Berlin will wie New York sein, Häuser, die aussehen wie Legebatterien. Wir sollten individuell bleiben und weiter als Hansestadt zu erkennen sein, nur dann bleiben uns auch die Touristen erhalten. Wir brauchen und wollen kein Lego-Land.

MAGDALENA SCHUBERT, BREMEN

Zum Artikel „Höhere Mieten anerkannt“ vom 24. Februar:

Behörde muss prüfen

Super! Die Mietgrenze für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, wird angehoben. Das macht das Suchen für eine Wohnung

für unsere minderjährigen unbegleiteten Jungs viel leichter und lässt auf schnelleres Finden hoffen.

So habe ich auf das Angebot für eine kleine 23 Quadratmeter große Wohnung in Schwachhausen geantwortet – froh, dass der Vermieter auch an einen jungen Flüchtling vermieten würde. Dann kam's jedoch zur Sprache: Der Vermieter gehe davon aus, dass es spätestens ab April zur angekündigten Erhöhung der Mietobergrenze für Sozialleistungsbezieher kommen würde. Und dann würde er die Kosten selbstverständlich nach oben angleichen – auf die Höchstgrenze. Schließlich würde dies von den Behörden bezahlt.

Ich hoffe sehr, dass es bei den kritischen Prüfungen durch die Behörden bleibt, in welchem Verhältnis angebotene Größe und Mietpreis zueinander stehen. Wenn Vermieter ihre Wohnungen so anbieten können, wird dies langfristig nichts an der Wohnungsnot von armen Menschen ändern – schließlich werden sie sich die Wohnung nicht mehr leisten können, wenn sie mal auf eigenen Füßen stehen können. Da bleibt doch die Frage: Wer sind die Gewinner dieser Erhöhung?

CHRISTA SCHOOF, BREMEN

Zum Artikel „Galopprennbahn: Golfclub will nicht weichen“ vom 24. Februar:

Unfähiger Senator

Was haben wir nur für Politiker in Bremen? Wie weltfremd oder unstrukturiert im Denken muss man sein, wenn man der Öffentlichkeit mit großen Worten die Bebauung der Galopprennbahn ankündigt, aber noch gar nicht alle Eventualitäten geprüft hat? Herr Günthner sollte schleunigst seinen Posten räumen und Platz für einen kompetenten Wirtschaftsminister machen, der diesen Titel auch verdient.

Wie kann es sein, dass dieser Senator still und leise versucht, den Golfclub mit Peanuts aus seinem unkündbaren Vertrag herauszukaufen, um die eigene Unfähigkeit zu verdecken? Das Geld aus dem Verkauf der Grundstücke steht nicht dem Senator, sondern der Bremer Bevölkerung zu. Ich drücke Herrn Thomben die Daumen, dass er und der Club standhaft bleiben und damit verdeutlichen, dass wir Bremer von Unfähigen regiert werden.

ULRICH HEINKE, BREMEN

Zum Artikel „Lemke trifft Lohse“ vom 24. Februar:

Lohse sitzt Thema aus

Es freut mich, dass Herr Lemke und Senator Lohse doch so schnell zueinandergefunden haben, trotz des barschen Umgangs, den Lohse in seinem offenen Brief an Lemke an den Tag legte. Das zeugt aber in erster Linie von der menschlichen Größe Lemkes, dass er trotz des herabwürdigenden Tonfalls die Einladung angenommen hat.

Die Bürgerinitiative „Keine Windräder am Bultensee“ versucht schon seit etwa elf Monaten Kontakt mit Senator Lohse zu bekommen. Sie hat ihn mehrfach angeschrieben, zu einem Ortstermin eingeladen und letztlich auch um eine Einladung gebeten, weil er auf einer Bürgerversammlung sagte, er würde sich um jede Bürgerinitiative kümmern, und die in Hemelingen hätte er zum Kaffee eingeladen.

Das ist umso überraschender, zumal er auf einer Deputationssitzung die Frage stellte, ob man sich denn mit jeder Bürgerinitiative befassen müsse. Auf der Sitzung ging es um die Rennbahnbebauung. Mir sagte er einmal öffentlich, als ich ihm auf einer Abendveranstaltung drei Fragen stellte „Mit Ihnen diskutiere ich nicht.“

Es ist doch mehr als eigenartig und fragwürdig, dass Senator Lohse nicht in der Lage ist, mit der Bürgerinitiative in Kontakt zu treten. Wie viel Angst muss er eigentlich vor dieser Bürgerinitiative haben, dass er nicht einmal in der Lage ist, mit ihr zu sprechen, geschweige denn, ihr zu schreiben. Das Thema Windrad Bultensee umschiff er, wo er nur kann. Der Bürgerville wird zu 100 Prozent ignoriert. Er sitzt das Thema einfach aus.

WERNER MARTIN, OYTEN

REDAKTION LESERMEINUNG
Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung • 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.